

Übersichten

Außenpolitik

* (1) "Keine Änderung der chinesischen Außenpolitik"

Mit zu den häufigsten Aussagen, die seit den Ereignissen vom 4. Juni aus dem Munde chinesischer Spitzenpolitiker zu hören sind, gehört die Versicherung, daß China seine Außenpolitik nicht ändern wolle. In diesem Sinn sprach sich beispielsweise Außenminister Qian Qichen während seiner Afrikareise in Harare/Simbabwe aus. Die internationale Situation unterliege nach wie vor dem Trend der Entspannung und des Dialogs. Es gebe also keinen Anlaß für China, seine bisherige Politik der friedlichen Koexistenz zu ändern.

Es sei jedoch erwähnenswert, daß einige westliche Länder in letzter Zeit versuchten, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen. China wolle weiterhin eine Politik des Friedens und der Unabhängigkeit verfolgen, seine Türen zur Außenwelt offen halten und nie wieder zur Isolation zurückkehren. Es werde aber auch damit fortfahren, den westlichen Ländern klarzumachen, daß es keinen ausländischen Druck fürchte und daß es keinem solchen Druck nachgeben werde. Das Land wolle seinen eigenen Weg gehen, um sich als sozialistische Gesellschaft mit chinesischen Merkmalen zu konsolidieren (XNA, 4.8.89).

Am 16.8. versicherte auch der amtierende Vorsitzende des chinesischen Komitees für die Förderung des internationalen Handels, Zheng Hongyu, in Singapur, daß die Öffnungspolitik Chinas weiterhin in Kraft bleibe. China wolle weiterhin fortgeschrittenes ausländisches Know-how kaufen und auch chinesisches Know-how ins Ausland exportieren. Die Politik der Öffnung bestehe sowohl gegenüber westlichen Ländern als auch sozialistischen Staaten und schließe überdies die Entwicklungsländer ein.

Am 22. August erklärte Ministerpräsident Li Peng gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden der First City Bank aus dem amerikanischen Bundesstaat Texas, Abbott, daß die chinesische Regierung ihre unabhängige und selbständige Friedenspolitik sowie ihre Reform- und Öffnungspolitik weiterhin verfolgen werde, da sich die grundlegende Einschätzung der Weltlage nicht verändert habe. Auf die Wirtschaftsprobleme im eigenen Lande eingehend, verwies Li Peng darauf, daß es das Ziel der Wirtschaftsreformen sei, die übermäßige Konzentration und Vereinheitlichung der Wirtschaftsverwaltung zu überwinden, um so eine Marktregulierung herbeizuführen. Allerdings dürfe die auf dem sozialistischen Gemeineigentum basierende Wirtschaft nicht vollständig in eine Marktwirtschaft umgewandelt werden.

Durch den 4. Juni hat sich also, wenn man diese Äußerungen wörtlich nimmt, überhaupt nichts an der Außen- und Außenwirtschaftspolitik des Landes geändert!

Auch der Sprecher des chinesischen Staatsrats, Yuan Mu, versicherte am 17. August 1989 im Gespräch mit einer Gruppe japanischer Journalisten, daß China seine Außenpolitik nicht ändern wolle. Zwar hätten "einige westliche Länder eine Welle von China-Antipathien aufgewirbelt". Dies könne die Führung der Volksrepublik jedoch nicht von ihrer bewährten Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage abbringen (XNA, 17.8.89).

Anfang Juli 1989 fand in Beijing ein sechstägiges Treffen der Botschafter sowie der wichtigsten außenpolitischen Vertreter der Volksrepublik statt, bei der der diplomatische Apparat auf eine einheitliche Linie eingeschworen wurde. Die Versammlung der 150 Spitzendiplomaten wurde von der Führung als so wichtig eingeschätzt, daß sogar die beiden (formellen) Spitzenpolitiker, Ministerpräsident Li Peng und ZK-Generalsekretär Jiang Zemin, als Redner auftraten. Auch hier hieß es,

daß die chinesische Außenpolitik nicht geändert werde, daß China allerdings "Wachsamkeit" zeigen müsse. Außerdem müsse die Volksrepublik ihre Propaganda verstärken, um die "Mißverständnisse", die angesichts unkorrekter ausländischer Berichterstattung "unter unseren ausländischen Freunden" entstanden sind, zu zerstreuen. Die Diplomaten hätten ihren Gesprächspartnern klarzumachen, daß es sich bei der Aktion vom Juni um die Niederschlagung eines konterrevolutionären Putsches gehandelt habe, dessen Ziel es gewesen sei, den Kommunismus und die Herrschaft der KPCh zu stürzen.

Li Peng hielt darüber hinaus den im Ausland weilenden chinesischen Studenten einen Olivenzweig entgegen. Es bereite der Beijinger Führung offensichtlich Sorge, daß rd. 40.000 chinesische Auslandsstudenten in den USA inzwischen von der Visaverlängerungsmöglichkeit Gebrauch gemacht haben und damit möglicherweise für China verloren sind (ST, 13.7.89). -we-

* (2) Schrittweise Rückkehr Chinas in die internationale Diplomatie

Die erste große Besuchsoffensive nach dem 4. Juni startete China in Form einer "Afrika-Safari" seines Außenministers Qian Qichen. Qian benutzte die Gelegenheit, Scherben zu kitten und seinen Gastgeber die Notwendigkeit der Niederschlagung des "konterrevolutionären Putsches" zu erläutern (Naheres dazu C.a., Juli 1989, Ü 1).

Inzwischen wurden vier weitere Länder umworben - darunter zwei eher westlich und zwei sozialistisch ausgerichtete Staaten.

Zu den ersteren gehört Bangladesch und Thailand, zu den letzteren die Mongolische Volksrepublik sowie Laos. Am 23. August empfing Außenminister Qian Qichen seinen bengalischen Amtskollegen und sprach mit ihm über die "Sonderbeziehungen", die Beijing und Dakka seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen i.J. 1976 unterhielten. Sein Gesprächspartner Mahmud zeigte sich "erfreut darüber, daß die Lage in China zur Normalität und Stabilität zurückgekehrt ist" und brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, daß China "unter Führung der jetzigen Regierung weiter zum Wohlstand schreiten" werde (XNA, 26.8.89).

Dies ist genau die Art von Erklärung, wie sie die chinesische Führung von ihren Partnern gerne hören möchte.

Am 28. August traf der Generalstabschef der chinesischen Streitkräfte, General Chi Haotian, zu einem Besuch in Thailand ein. Chi war einer der Hauptverantwortlichen für das Massaker in Beijing. Die thailändische Regierung wußte dies sehr wohl, als sie den Gast empfing, ließ sich allerdings nichts anmerken. Chi wurde vom thailändischen König sowie vom thailändischen Ministerpräsidenten Chatichai empfangen. Beide Länder haben mehrere Interessen - auch militärischer Art - gemeinsam: Thailand kauft seit 1986 Waffen in China und ist gleichzeitig das logistische Verbindungsglied für chinesische Waffenlieferungen an die Roten Khmer in Kambodscha.

Offensichtlich ging es bei den Unterredungen Chis in Bangkok ausschließlich um Fragen der militärischen Zusammenarbeit. Thailands Marine hat bereits vier Fregatten in China geordert und plant den Kauf chinesischer Kampfflugzeuge. U.a. übergab Chi auch 36 Baumaschinen, einschließlich großer Bulldozer, die China der thailändischen Armee geschenkt hat, um damit das "Projekt einer Begrünung des Nordostens" - einer der ärmsten Gegenden Thailands - durchzuführen (XNA, 27.8.89).

Fast zur gleichen Zeit besuchte eine Delegation des thailändischen Parlaments die VR China (XNA, 26.8.89).

Mit der Mongolischen Volksrepublik haben sich die Beziehungen zu verbessern begonnen, seit das sino-sowjetische Tauwetter eingesetzt hat. Am 25. August wurde zwischen beiden Seiten ein Vertrag über Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen paraphiert (XNA, 25.8.89). Bereits am 23. August hatte der Generalsekretär des ZK der Mongolischen Revolutionspartei, Jaobyn Batmuh, erklärt, daß die "allseitige Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit dem südlichen Nachbarn China zu einem Hauptaspekt der mongolischen Außenpolitik" geworden sei. Auch die Beziehungen zwischen den beiden Kommunistischen Parteien seien inzwischen normalisiert worden (WPD, 24.8.89).

Am 15. August 1989 wurden die offiziellen Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der LRVP (Laotischen Revolutionären

Volkspartei) wiederhergestellt, die seit 1979 unterbrochen gewesen waren. Das Ereignis wurde von beiden Seiten als ein bedeutsamer Schritt im Zeichen einer erneuten Annäherung gewertet (XNA, 15.8.89). Demnächst werde der Generalsekretär der LRVP und Staatsratsvorsitzende Kayson Phomvihon die VR China besuchen.

Mit zwei Staaten gibt es freilich nach wie vor Spannungen, nämlich mit Großbritannien und mit Singapur.

- Am 20. August brachte die *Renmin Ribao* eine Stellungnahme des Außenministeriums zum britischen Verhalten, in der es hieß, daß London sich in die inneren Angelegenheiten der VR China einmische und den Vertrag zur Rückgabe der Kronkolonie i.J. 1997 verletze.

Dies war die erste direkte Stellungnahme des chinesischen Außenministeriums, die möglicherweise einen verschärften Kurs gegenüber Hongkong andeutet.

Die britischen Behörden werden beschuldigt, sich in die Entwurfsarbeit des Komitees für das "Grundgesetz Hongkongs" eingemischt zu haben. Beijing geht davon aus, daß der Entwurf und die Formulierung des Grundgesetzes für die Umwandlung der Region Hongkong in eine Wirtschaftssonderzone ausschließlich eine innere Angelegenheit der VR China sei.

- Auch mit Singapur hat es eine Auseinandersetzung gegeben: Anfang August hatte die Regierung in Singapur erklärt, sie wolle US-Kriegsschiffen Stützpunkte zur Verfügung stellen. Daraufhin erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 22.8., daß die chinesische Regierung gegen die Errichtung von Militärbasen irgendeines Staates in einem anderen Lande eintrete (Xinhua nach SWB, 23.8.89). -we-

* (3)

Japan nähert sich vorsichtig der VR China

Die neue Regierung Kaifu erklärte am 11. August, daß Japan seine Zusammenarbeit mit China fortsetzen wolle, und zwar auf der Basis der Prinzipien der gemeinsamen sino-japanischen Erklärung von 1972 (XNA, 12.8.89).

Das Echo aus Beijing erfolgte am 18. August, und zwar in Form einer Erklärung Ministerpräsident Li Pengs, der den chinesischen Wunsch nach erneuten guten Beziehungen zu Japan bekräftigte. Die Entwicklung guter Beziehungen zwischen beiden Nachbarstaaten dienen nicht nur den Interessen der Völker Chinas und Japans, sondern auch dem Frieden und der Entwicklung in Asien und der gesamten Welt.

Einen Tag vorher, am 17. August, hatte ein Sprecher des japanischen Außenministeriums erklärt, daß Japan seine Entwicklungshilfe an China "bald" wiederaufnehmen wolle, allerdings in "selektiver" Weise. Auf keinen Fall würden einstweilen Projekte in solchen Teilen Chinas unterstützt, wo noch das Kriebsrecht herrscht (SWB, 18.8.89).

Am 24. August begannen vier japanische Stahlfirmen ihre Exporte nach China wieder aufzunehmen. Auch japanische Banken sagten zu, die Geschäfte weiterhin zu finanzieren (WPD, 24.8.89).

Die Zahlungen erfolgen, obwohl die VR China umgekehrt Rückzahlungen von Krediten verzögert, die japanische Banken für einige sino-japanische Gemeinschaftsprojekte gewährt haben.

Diese Störung dürfte nach einem Bericht von *Nihon Keizai Shimbun*, der führenden japanischen Wirtschaftszeitung, zur Folge haben, daß japanische Gläubigerbanken ihre Risikoeinstufung für China künftig strenger fassen und die Obergrenze für China-Kredite senken. Die chinesische Regierung begründete die Zahlungsverzögerungen mit den Nachwirkungen der Ereignisse vom 4. Juni (AWSJ, 23.8.89; NfA, 22.8.89). -we-

* (4)

Japanische China-Gemeinden in Furcht und Schrecken

Während Tokyo damit beginnt, die nach dem 4. Juni eingetretene Erstarung in den Beziehungen zu China wieder aus den Gliedern zu schütteln, sind die japanischen Gemeinden in verschiedenen Städten Chinas nahezu völlig untergetaucht, nachdem eine chinesische Gruppe mit dem Namen "Xueguang" (wörtl.: "Blut - Ruhm", also sinngemäß "Ruhm durch Todesbereitschaft") die Drohung ausgestoßen hatte, sie werde wegen der engen wirt-

schaftlichen Beziehungen Japans zum kommunistischen Regime vom 15. August 1989 an jeden Monat zwei Japaner töten, bis diese Bindungen eingestellt würden. Die Empfänger dieser Drohungen gehen davon aus, daß es sich bei den Absendern um Opfer der niedergeschlagenen Demokratiebewegung handelt, die wünschen, daß ausländische Firmen "mit der diktatorischen kommunistischen Regierung seine gemeinsame Sache mehr machen".

Die Drohbriefe waren in der ersten Julihälfte bei der japanischen Botschaft, beim japanischen Generalkonsulat in Shanghai sowie bei mehreren japanischen Firmenvertretungen eingegangen. Als Angriffsziele werden Investoren, Touristen und mit der KP Chinas "freundschaftlich verbundene Persönlichkeiten" genannt (Kyodo in SWB, 8.8.89).

Die Japaner sind die nach wie vor größte Ausländerkolonie in Beijing, obwohl von den einst 3.000 Angehörigen in der Zwischenzeit nur noch etwa 700 verblieben sind. Die meisten Geschäftsleute haben nach den Ereignissen vom 4. Juni, vor allem aber auch nach dem Eintreffen der Drohung vom Juli, ihre Familienangehörigen nach Japan zurückgeschickt. Viele der in Beijing Verbliebenen sind in Hotels gezogen, die von Polizei bewacht werden. Nach dem Vorgehen der chinesischen Führung gegen die Protestbewegung am 4. Juni war der Handel bereits merklich gesunken. Die japanischen Ausfahrten nach China gingen allein im Juli 1989 um 10,3% auf 742,9 Mio. US\$ zurück.

Die Bedrohungsängste der Japaner wuchsen, seit es am 12. August zu einem bisher unaufgeklärten Flugzeugunglück in der Nähe von Shanghai kam, unter dessen 34 Todesopfern als einzige Ausländer zwei japanische Geschäftsleute waren. Bei den ums Leben gekommenen Japanern handelt es sich um zwei Männer im Alter von 30 und 47 Jahren, die für den Fachbereich Elektronik des Mitsubishi-Konzern unterwegs waren.

Obwohl die japanische Gemeinde, vor allem die japanische Botschaft, Sabotagespekulationen offiziell beiseite geschoben hat, sind inzwischen doch Empfehlungen an alle in China lebenden Japaner ergangen, sich in der Öffentlichkeit so unauffällig wie möglich zu bewegen, nach Anbruch der Dunkelheit nicht auf die Straße zu gehen und Dienstreisen nur in den dringendsten Fällen zu unternehmen. -we-

* (5) **Pokerface gegenüber Polen**

Die Studentenaufstände und die Demokratiebewegung, die im Juni ein so blutiges Ende gefunden haben, haben in China einen heiligen Zorn gegen "pluralistische" Lösungen aufkommen lassen. Man hätte also eigentlich zornige Reaktionen auf den Machtwechsel in Polen erwarten können.

Während jedoch Vietnam die Niederlage der Kommunisten in Polen und ihr kleinmütiges Begeben als Folge eines "konterrevolutionären Staatsstreichts der von den US-Imperialisten unterstützten Solidarnosz" geißelte (VNA in SWB, 28.8.89), gab sich Beijing zurückhaltend. Am 31. August erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bei einer Pressekonferenz, daß die chinesische Regierung auf der Grundlage der Fünf Prinzipien die Beziehungen und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Polen weiter aufrechterhalten und entwickeln wolle. Die Neubildung der polnischen Regierung, in der die Kommunisten nur noch vier Ressorts innehaben, sei eine innere Angelegenheit Polens, in die sich China nicht einmischen wolle. China seinerseits nehme das Recht in Anspruch, aufgrund seiner nationalen Gegebenheiten an den Vier Grundprinzipien sowie an der Fortsetzung seiner Politik der Strukturreformen und der Türöffnung festzuhalten und einen Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen.

Ministerpräsident Li Peng gratulierte seinem polnischen Amtskollegen Tadeusz Mazowiecki zur Wahl ins Amt des Premierministers. -we-

* (6) **Weitere 55 Städte und Kreise für Ausländer geöffnet**

Mit Genehmigung des Staatsrats wurden vom 18. August 1989 an 55 weitere chinesische Städte und Kreise für Ausländer geöffnet; d.h., die Besucher können dort hinreisen, ohne eine spezielle polizeiliche Genehmigung beantragen zu müssen.

Damit sind in der Zwischenzeit 626 Orte für Ausländer geöffnet worden.

Die neuzugelassenen Gebiete umfassen 9 Kreise der nordwestlichen Provinz Qinghai, 7 Kreise in der zentralchinesischen Provinz Hubei, 8 Orte in

der ostchinesischen Provinz Fujian, 6 Plätze in der südwestchinesischen Provinz Sichuan und 25 Plätze in der nordwestchinesischen Provinz Shaanxi (XNA, 19.8.89).

China wollte offensichtlich seinen Worten, denen zufolge die bisherige Öffnungspolitik unverändert fortgehen solle, auch Taten folgen lassen. -we-

Innenpolitik

* (7) **Hinweise auf die Rangfolge im neuen Politbüro**

Am 31. August 1989 fand in der Großen Halle des Volkes in Beijing ein großer Empfang zum 62. Jahrestag der "Volksbefreiungsarmee" statt. Mit Ausnahme von Yang Rudai (Partei- und Provinzchef der Provinz Sichuan) nahmen alle Politbüro-Mitglieder an diesem Empfang teil, was die gewachsene Bedeutung der VBA für die KPCh drastisch zum Ausdruck bringt. Mit Ausnahme des erwähnten Yang Rudai und von Verteidigungsminister Qin Jiwei, der die Veranstaltung mit einem für die politische Kultur der KPCh bezeichnenden Toast (siehe die Übersicht "Ein 'gerechtes' Massaker..." in diesem Heft) eröffnete, wurden in dem Aufmacher der *Volkszeitung* vom 1. August 1989 die Mitglieder des Politbüros (PBM) und seines Ständigen Ausschusses (SAPB) in einer Reihenfolge aufgeführt, die die gegenwärtige politische Rangfolge wiedergeben dürfte. Die Aufstellung bestätigt die Analyse im Juli-Heft von *CHINA aktuell*, daß Yang Shangkun der eigentliche starke Mann im Politbüro ist, denn der formell vor Yang rangierende Jiang Zemin hat überhaupt keine Machtbasis in der Armee.

- 1) Jiang Zemin (SAPB)
- 2) Yang Shangkun (PB)
- 3) Li Peng (SAPB)
- 4) Wan Li (PB)
- 5) Qiao Shi (SAPB)
- 6) Yao Yilin (SAPB)
- 7) Song Ping (SAPB)
- 8) Li Ruihuan (SAPB)
- 9) Tian Jiyun (PBM)
- 10) Li Tieying (PBM)
- 11) Li Ximing (PBM)
- 12) Wu Xueqian (PBM)
- 13) [Qin Jiwei (PBM)?]
- 14) [Yang Rudai (PBM)?]
- 15) Ding Guan'gen (Politbüro-Kandidat)

-sch-